



BLICKPUNKT BILDUNG *DLH*

Individuelle

**LSE^{*)}-Förderung
für LSE^{**)}-Kinder**



und keine „systemische“ Förderung mit der Gießkanne!

***) mit Lehrern, Sonderpädagogen und Erziehern**

****) Lernen, Sprache, emotionale Entwicklung!**

Hamburger Lehrgewerkschaft *DLH*

Schule und Schulpolitik

Der **DLH** fordert: LSE-Kinder weiter individuell fördern

3

Ehrgeizige Ziele und schwierige Umsetzung

4

Aktuelle Themen

Unsere diesjährige Mitgliederversammlung

6

An Pisa Maß anlegen

6

Herbsttreffen der Ruheständler/innen

6

Lehregesundheit und Inklusion

7

Gedanken einer Referendarin

7

Gespräch mit dem Vorsitzenden der Lehrerkammer

8

Schulschwänzen

9

Verwaist nach dem Schulabschluss

11

DLH gegen Mobbing

Hinweis

12

Aus unserer Geschäftsstelle

Gruppen-Diensthaftpflichtversicherung

12

Besprechungen

Kulturgeschichte des Sports

13

Rechtstipps für Lehrkräfte

13

Personalia

Gedenken, Geburtstage und Jubiläen

13

Albert Otto wird 75 Jahre alt

14

Würdigung für Frau Knipper

14

Impressum

14

DL-Humor

Es lebe der kleine Unterschied

15

Was noch zu sagen wäre

Fotokopieren und Server-Speicherung in der Schule

15

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Wahrnehmung der meisten Kolleginnen und Kollegen betraf die Inklusion vornehmlich die allgemeinbildenden Schulen und löste hier vor allem eines aus: Betroffenheit. Das ist verständlich, weil damit ein Wandel des Lehrens und Lernens verbunden war, der nicht vorbereitet war und auf den niemand vorbereitet wurde. Die Einführung der Inklusion an den allgemeinbildenden Schulen führte deshalb dazu, dass vielen Kolleginnen und Kollegen die bisherige erfolgreiche Arbeit unter ihren Händen zerrann und das bisherige Verständnis ihrer Profession nicht mehr galt. So sorgenvoll dies alles ist, so ist es doch nur der kleinere Teil des Schadens, der bisher angerichtet wurde: Insbesondere den Kolleginnen und Kollegen an den Sonderschulen droht eine grundlegende und kaum vorbereitete Veränderung ihrer Profession. Dieser Aspekt der Inklusion ist bisher noch viel zu wenig in den Blick genommen worden. Diese grundlegende Veränderung droht zum einen durch das Herumreisen von Schule zu Schule mit zwei Stunden Zeit pro Woche bei einem LSE-Kind pro Klasse, was mit den bisherigen Inhalten und Zielen der sonderpädagogischen Förderung nichts oder kaum noch etwas zu tun hat. Zum anderen werden immer weniger Sonderpädagogen an den Sonderschulen selbst gebraucht, weil die Kinder inklusiv an den allgemeinbildenden Schulen eingeschult werden. Das sonderpädagogische Spezialistentum, das für die individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischen Förderbedarf nötig ist, wie z. B. im Bereich Sprache, wird zu Gunsten einer sonderpädagogischen „Einheitsausbildung“ geopfert, bei der man nur noch von vielem ein wenig mitbekommt, aber nichts mehr richtig beherrscht. Das bisher Gesagte soll durch die Analyse dreier Aspekte der bisherigen und geplanten Umsetzung der Inklusion belegt werden, des pädagogischen, des organisatorischen und des Aspektes der Einsparung. Alle drei Aspekte gehen in der Praxis ineinander über.

Der pädagogische Aspekt:
Eine Sonderschullehrerin führt ihre Klasse als Bezugsperson, die zwar Unterstützung durch einige wenige Fachlehrkräfte bekommt, aber die als Klassenlehrerin die notwendige und entscheidende Konsultante in der Beziehung zu ihren Kindern darstellt. Alles andere, gar ein Fachlehrersystem, wäre eine völlige Überforde-

rung für die Kinder. Wenn die Klasse an der Förderschule z. B. eine Größe von 12 Kindern hat, so ist die notwendige, individuelle Ansprache und Förderung möglich. Genau diese beiden Dinge, die individuelle Ansprache und Förderung von Kindern mit unterschiedlichen Beeinträchtigungen haben die Kolleginnen und Kollegen an den Förderschulen in ihrer Ausbildung gelernt und sie ist ihnen zur zweiten Natur geworden. Genau das aber haben die Lehrkräfte an den allgemeinbildenden Schulen nicht gelernt und, so wie ihre Schule und ihre Arbeit bisher verfasst waren, auch nicht lernen müssen. Damit steht und fällt jedoch der Erfolg des Lernens von Kindern mit Beeinträchtigungen und diese Voraussetzungen sind eben an einer allgemeinbildenden Schule höchst selten gegeben. Ein Inklusionskind in einer Klasse mit bis zu 28 Schülerinnen und Schülern in einer 7. Klasse einer Stadtteilschule (diese Klassenstärken gibt es, den Rückläufern vom Gymnasium und der BSB sei es gedankt) hat also allein durch diese Struktur sehr schlechte Chancen, in gleicher Weise gefördert zu werden wie an einer Sonderschule. Der Zuweisungsschlüssel, ob systemisch oder individuell ist zunächst einmal nicht entscheidend, tut sein Übriges: Wie soll ein Kind in einer solchen Klasse mit z. B. 3,5 zusätzlichen Lehrerstunden effektiv gefördert werden? Selbst wenn grenzwertig vier Inklusionskinder einer Klasse angehören und wir mit 14 Unterrichtsstunden mit Doppelbesetzungen rechnen – immer vorausgeschickt, dass der Sonderpädagoge auch für alle sonderpädagogischen Probleme dieser Schüler ausgebildet ist –, bleiben 16 Stunden im verzweigungsvollen Chaos. Die Kollegin Karin Brose hat dies in der vorigen Ausgabe mit ihrem Text „Wieder Montag“ ungeschminkt geschildert. Hinzu kommt, dass nur ein Teil der zusätzlichen Stunden durch Sonderpädagogen erteilt wird. (Nur 1,4 von 3,5 Stunden sind sonderpädagogische Förderung.) Die notwendige Professionalität ist also in doppelter Weise nicht gegeben: Die sonderpädagogischen Lehrkräfte sollen zum einen punktuell und ohne einen tragenden persönlichen Bezug aufbauen zu können, alles richten, zum anderen werden sie im Zuge der Sparmaßnahmen durch billigere Kräfte ersetzt. An vielen Schulen schwankt das Bild der neu an die Schulen kommenden Sonderpädagogen deshalb zwischen belehrendem Störenfried und Heilsbringer. Das erste ist zwar psychologisch verständlich, aber falsch, das zweite ist ebenfalls falsch, weil nicht zu erfüllen.

Ein Ausweg, der von vielen an dieser Situation Beteiligten in ihrer Not beschritten wird, ist die Separation: Die problematischen Kinder werden getrennt für einige Stunden beschult, damit die Klasse einmal aufatmen kann. Das ist das Gegenteil von Inklusion. Es ist sicherlich nicht „politisch korrekt“, diese Tatsache zu erwähnen und dieser Ausweg wird auch nicht durchgehend praktiziert. Jedoch stimmen entsprechende Tendenzen an einer Reihe von Schulen besorgt.

Der organisatorische Aspekt:

Wenn viele Kinder nicht mehr zur Sonderschule gehen, dann werden diese kleiner oder ihre Zahl schrumpft. Der ersten Variante sind aus berechtigten haushälterischen Gründen enge Grenzen gesetzt. Deshalb ist für die zukünftige Anzahl der Förderschulen bzw. Förderzentren, die Zahl 13 in der BSB im Gespräch. Allein das stellt für viele Kollegien und damit für viele Kolleginnen und Kollegen einen schmerzhaften Prozess dar. Pädagogische Substanz, die über Jahre erarbeitet wurde, geht verloren und muss mühsam wieder aufgebaut oder an anderer Stelle eingebracht werden. Die inhaltliche Umgestaltung der Förderschulen zu Förderzentren, nach den neuesten Ideen der BSB zusammen mit REBUS, kommt hinzu. Sie sollen dann „ReBBZ“ heißen, regionale Bildungs- und Beratungszentren. Zusammen mit dem „Ausschwärmen“ der Sonderschullehrerinnen und -lehrer an die allgemeinbildenden Schulen ist das ein Umwandlungsprozess, der so umfassend ist, dass er nur mit äußerster Behutsamkeit durchgeführt werden kann. Sonst entsteht ganz sicherlich mehr Schaden als Nutzen. Das ist aber noch nicht die ganze Wahrheit. Offenbar plant die BSB zusätzlich auch Standortwechsel, ohne dass dafür andere als wirtschaftliche Gründe zu erkennen sind. Spätestens damit ist eine rote Linie überschritten. Über Jahre hinweg wird es dem Kollegium einer solchermaßen in ihrer innersten Struktur getroffenen Sonderschule nicht mehr möglich sein, ihre Aufgabe zum Wohle der Kinder zu erfüllen. Wir können als **DLH** nur warnen und versuchen, in ein Gespräch über diese Planungen mit der BSB einzutreten, damit das Schlimmste verhindert und mindestens die oben bezeichnete, rote Linie nicht überschritten wird.

Der Spaspekt:

Die Inklusion als Jahrhundertreform wurde zunächst gar nicht und dann im Rahmen eines Sparmodells alimentiert. Dabei muss jedem Beteiligten klar sein, dass

eine Verteilung der Inklusionskinder auf viele Schulen deutlich vermehrte Ressourcen erfordert. Das ist nicht geschehen; ein Vergleich mit den bisherigen Integrationsklassen, in denen man „so einigermassen“ eine Doppelbesetzung hinbekam, zeigt diesen Befund deutlich. Auch jetzt, wo sich die Probleme immer deutlicher zeigen, erfolgt keine Korrektur, im Gegenteil. Davon sind auch die Sonderschulen betroffen. Die Mittel für die Sprachförderung wurden gestrichen und die Zuweisungen im Laufe der letzten Jahre immer mehr verringert. Das zeigt sich im Vergleich zu früheren Jahren an der erhöhten Klassenfrequenz und an weniger und weniger qualifizierten Doppelbesetzungen. Auf der Seite der allgemeinbildenden Schulen ist die pauschale Abgeltung des Förderbedarfs für LSE-Kinder ein Beispiel. Wie bereits weiter oben erwähnt, birgt all dies die Gefahr des Scheiterns der Inklusion in sich. Das wird nicht offiziell geschehen, ganz im Gegenteil wird weiter von einer Erfolgsgeschichte gesprochen werden. Aber die Inklusion droht dann in schulinterne Separation mit einer Verschlechterung der Förderung umzuschlagen.

Ist etwas daraus zu lernen?

Wir meinen, ja. Es ist daraus zu lernen, dass der **DLH** noch früher als unbequemer, manchmal abschätzig angesehener, Mahner auftreten und unbequeme Wahrheiten aussprechen muss.

Das bedeutet jetzt:

Die (früheren) I-Klassen würden in Bezug auf die Organisation, z. B. bei der Festlegung auf vier Integrationskinder und bei der Verlässlichkeit der Ressourcen, ein nützliches Vorbild für die Inklusion darstellen. Die Arbeit der Förderschulzentren Bindfeldweg und Anne-Frank-Schule haben gezeigt, wie eine sinnvolle Förderung mit Sonderschulpädagogen an allgemeinbildenden Schulen durchgeführt werden kann: Auch hier geht es wieder um vier Kinder pro Klasse, so dass für zwei (Parallel-)klassen ein Sonderpädagoge zur Verfügung steht. Das ist eben nicht mehr das „Herumreisen“, welches die Professionalität dieser Kollegen nicht mehr zum Zuge kommen lässt. Wir hoffen, dass die BSB den Mut zum Umsteuern findet und dass insbesondere die Professionalität unserer Sonderschulkollegen nicht in einem unsinnigen System verloren geht.

Es grüßen Sie herzlich
Matthias Oehlich
und
Dieter Semprich

Schule und Schulpolitik

Der **DLH** fordert: LSE-Kinder weiter individuell fördern

Worum geht es?

Kinder mit einem individuellen Förderbedarf im Bereich Lernen, Sprache und emotionaler Entwicklung (LSE-Kinder) bilden mit 70% den größten Teil der Kinder mit einem besonderen Förderbedarf in den Inklusionsklassen. Sie sind zudem die Kinder, die besonders schwierig zu fördern und zu unterrichten sind:

„Es gab Tage, da dachte Frank Dopp, er würde durchdrehen. Er hatte seinen Schülern erklärt: ‚Wir können das nicht ändern. Wir halten das jetzt aus‘, und dann stand er plötzlich vor 21 Kindern, die Geräusche machten wie Alex. Sie ertrugen ihn, indem sie einfach so laut wurden wie er. ... Frank Dopp musste den Eltern seiner Klasse vor kurzem berichten, dass er von acht Lektionen im Englischbuch in diesem Schuljahr nur zwei schaffen würde.“ (Zitiert aus „Die Zeit“ Nr. 28 2012, S.65.)

Es sind gerade diese Kinder, die sich, ihren Mitschülerinnen und -schülern und ihren Lehrkräften die größten Probleme bereiten.

Für diese Kinder soll es nun eine, wie es heißt „systemische Zuweisung“ geben. Es wird also nicht mehr der individuelle Förderbedarf dieser Kinder ermittelt, sondern die Schule bekommt eine pauschale Zuweisung, die sich entscheidend an der Zugehörigkeit der Schule zu einer bestimmten KESS-Region bemisst.

Dieser Bewertungsmaßstab kann jedoch keine Aussagen über die Situation an einer bestimmten Schule und schon gar nicht in einer bestimmten Klasse machen.

Der **DLH** hält diese Maßnahme für unvertretbar. Eine fachliche Begründung wird nicht gegeben und kann auch nicht gegeben werden. Es geht darum, dass die Schulbehörde befürchtet, dass dann erheblich größere Ressourcen notwendig werden.

Das ist, gemessen an den bisherigen Zuweisungen sicher richtig und auch

notwendig. Das ist der Preis, den wir für das Gelingen der Inklusion zahlen müssen.

Sollten sich die Pläne der Schulbehörde konkretisieren, die dahin gehen, die LSE-Kinder nur noch über den Grundschulbericht zu erfassen, kann diese Maßnahme nur als völlig ungeeignet beurteilt werden: Der Bericht kommt mindestens ein Jahr zu spät und ist hierfür nicht ausgelegt. Diese Art der Erfassung würde der Beliebigkeit Tür und Tor öffnen.

Der DLH weist insbesondere auf die Situation der Kolleginnen und Kollegen hin:

Da diese schwierigen Kinder mit ihren Einschränkungen nicht als solche an-

erkannt werden, stehen die Lehrkräfte ungeschützt in dieser Situation. Wenn diese so beschaffen ist, dass es für jede Lehrkraft unmöglich ist, damit fertig zu werden, liegt die Verantwortung trotzdem bei ihr.

Der **DLH** hält diesen Zustand für unzumutbar und für nicht vereinbar mit der Fürsorgepflicht gegenüber Lehrkräften, die in ihrer Ausbildung nicht und in ihrer Fortbildung nur völlig unzureichend auf diese neuen Aufgaben vorbereitet wurden.

Deshalb fordert der DLH:

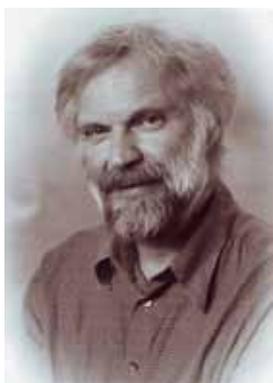
- Die Förderressource der LSE-Kinder muss weiterhin individuell ermittelt werden.

- Insbesondere ist es unverzichtbar, den Anteil des sonderpädagogischen Förderbedarfes individuell zu ermitteln, um diesen Kindern effektiv zu helfen und um eine Inklusionsklasse nicht mit ihren Problemen allein zu lassen.

Dafür reicht allerdings die jetzt geplante Förderressource auf keinen Fall aus. Doch ohne die zusätzliche Förderung durch ausgebildete Sonderpädagogen in einer für alle Schüler angemessenen Stundenzahl kann die Inklusion weder für die LSE-Kinder noch für die Regelschüler zu einem Erfolgsmodell werden.

Der Vorstand des DLH, August 2012

Ehrgeizige Ziele und schwierige Umsetzung



Schulsenator Ties Rabe hat das „Schulschiff“ in schwieriger See vor gut einem Jahr übernommen und sich – mit seiner Mannschaft – dennoch ehrgeizige Ziele

gesetzt, wohl wissend, dass sich nicht alles einfach und erfolgreich umsetzen lassen wird. Ihn für das Nichtgelingen mancher ehrgeiziger Ziele genussvoll zu kritisieren, wäre zu billig und auch kontraproduktiv, zumindest für einen unabhängigen Gewerkschafter. Natürlich wollen wir einen Schulsenator, der nicht mit wenigem zufrieden ist. Natürlich begrüßen wir geplante Verbesserungen. Natürlich unterstützen wir Ziele in die richtige Richtung, auch wenn nicht gleich alles gelingt. Aus Fehlern kann man lernen, predigen wir Pädagogen unseren Schülern. Und ich hoffe, dass wir damit nicht nur die Fehler der Schüler meinen, sondern auch unsere eigenen Fehler und die der Schulpolitiker.

Sehen wir uns die einzelnen Punkte einmal an.

Der **Ausbau der Ganztagserschulangebote** ist zu begrüßen. 45 neue Grundschulstandorte sind dieses Schuljahr gestartet, 70 neue Anträge für den Start im nächsten Schuljahr liegen vor. Der Senator bezweifelte auf der

Lehrerkammersitzung im August, ob diese große Anzahl zu bewältigen sei, zumal auch noch 20 weitere Stadtteilschulen auf den Zug aufspringen wollen. Es geht dabei natürlich nicht nur um die Quantität, sondern auch um die Qualität. So haben wir – die Lehrerkammer und die Bildungsgewerkschaften – schon intensiv angemerkt, dass nicht alle Ganztagsangebote unseren Vorstellungen entsprechen, vornehmlich am Konzept „Ganztätige Betreuung an Schulen“ (GBS) haben wir Kritik geübt, so dass wir die Ausweitung allein nur begrenzt begrüßen. Allerdings sollten wir aber auch ehrlich zugeben, dass manche Schulen, die bisher noch nichts im Ganztagsbereich angeboten haben, erst einmal in kleinen Schritten erfolgreich voranschreiten wollen statt an zu großen Schritten zu scheitern.

Im Gegensatz zu vielen Städten, Landkreisen oder gar Bundesländern hat Hamburg eine **wachsende Schülerschaft** zu beschulen. Dazu benötigt man etwa 140 zusätzliche Lehrerstellen, Klassenräume und Material. Werden nun noch – wie geplant und bereits vor Jahren begonnen – die Klassenfrequenzen von Beginn der Grund- und Stadtteilschule (aufwachsend) weiter niedrig gehalten, werden noch einmal zusätzlich etwa 170 Lehrerstellen, Klassenräume und Material benötigt. Eigentlich fehlt es auch an Lehrerarbeitsplätzen, genügend großen Lehrerzimmern usw., aber darüber wird bei der Raumnotlage für die Schüler überhaupt nicht diskutiert. Leider.

Und damit sind wir bei den geplanten

Bauvorhaben. Weil Klassenräume und Kantinen fehlten, musste an vielen Standorten zugebaut werden. Die schnellste Lösung für rund 10.000 Schüler werden Container sein, hoffentlich rechtzeitig aufgestellt und abgeschlossen.

Das und die dringend notwendige Sanierung von überholungsbedürftigen Schulen haben längst nicht überall geklappt. Bauvorhaben haben einen langen Vorlauf, so dass die vom neuen Schulsenator vorgegebene Umsteuerung leider verwaltungstechnisch nicht ausreichend geklappt hat. Über 30 Millionen konnten – trotz Bewilligung durch die Bürgerschaft – nicht „verbaut“ werden, weil die Logistik suboptimal war. Glücklicherweise gehen damit die Gelder nicht verloren, aber die Verzögerungen sind dennoch dort besonders ärgerlich, wo Räume zum 1. August fehlten oder wegen der Verspätungen im Sanierungsbereich nicht rechtzeitig wieder zur Verfügung standen. Am schlimmsten sind diejenigen Standorte dran, die marode Räume schließen mussten und wo die Renovierung noch nicht einmal begonnen wurde. Offenbar sieht der Senator das als auch als Achillesferse an und hat den bisherigen Koordinator entlassen. Das ist die bedauerliche Seite. Auf der anderen Seite kann man an den Schulen durch vorübergehende Engpässe und Herausforderungen auch zusammenwachsen, nämlich die Eltern, die pädagogischen Kräfte und die Schüler: Und dieser Lernprozess kann wichtiger sein als rechtzeitig fertiggestellte Räume.

Die Lehrerstellenanzahl wächst durch die erhöhten Bedarfe natürlich auch. Zum 1. August sollten es 311 zusätzliche Stellen sein (durch Dreiviertelverträge zum Beginn des Berufsstarts sind das eher 400 Personen), vornehmlich an den allgemeinbildenden Schulen. Als Gesamtzahl der Lehrerstellen sind 12.256 geplant. Nachdem zum 1.8. 619 neue Lehrkräfte mit ihrer Tätigkeit beginnen konnten, rechnet die Schulbehörde damit, dass im Laufe des Schuljahres (z.B. zum 1.11. und 1.2.) noch weitere 700 bis 800 neue Lehrkräfte eingestellt werden, weil Pensionierungen, der Stellenmehrbedarf und die natürliche Fluktuation dies nötig machen. Noch kann Hamburg seine Stellen im wesentlichen besetzen, obwohl durch die geringe Anzahl an Referendarsplätzen immer wieder ausbildungswillige fertige Studenten auf einen Platz warten müssen und damit sinnlose Zeit vergeht, bis diese dem Schuldienst voll zur Verfügung stehen. Und: Bald schon könnte der „Sog einer Weltstadt“ nicht mehr ausreichen, genug Lehrerstellen mit geeigneten Kandidaten zu besetzen, weil für die vielen neu zu besetzenden Stellen in ganz Deutschland viel zu wenig ausgebildete Lehrer vorhanden sind.

Hier irrt der Senator!

Die Ausbildung der Referendare soll ab dem 1.2.2013 aus **Spargründen** umgestellt werden, wie der Senator offen zugab. Das sehe ich sehr kritisch. Das Ausbildungssystem, nach dem zum 1.11. dieses Jahres zum letzten Mal Referendare eingestellt werden sollen, hat sich im Wesentlichen bewährt. Die Referendare konnten im ersten Vierteljahr ihre neue Schule kennen lernen, und die Schulleiter die Referendare. Auf diese Weise konnten sie sinnvoll eingesetzt werden, ihre Ausbildung ohne Hektik starten und sich zum Schluss auf das Examen konzentrieren. Nun werden große Probleme auf uns zukommen, weil die Referendare ohne Vorlauf sofort mit dem eigenverantwortlichen Unterricht beginnen sollen. Das Referendariat soll wieder zum Halbjahr beginnen, und die Schulleitungen sollen im Januar und Juli (ohne Kommentar!!!) die neuen Referendare kurz kennen lernen, richtig einschätzen und dann im Plan schnell einsetzen. Das bringt keine Vorteile für die Schule mit sich, sondern nur für den Fiskus: Durch den erhöhten Anteil an eigenverantwortlichen Unterricht wird Geld gespart, aber die Ausbildung verschlech-

tert. Das haben die Lehrerkammer und die Bildungsgewerkschaften bereits detailliert kritisiert. Vor allem zum kommenden Halbjahr und zum kommenden Schuljahr werden Referendare mit alter Ausbildung (wegen Wartezeiten je nach Fach und Bildungsgang) zum Einsatz kommen. Das Mindeste wäre eine **Übergangslösung**, die alle vernünftigen Kräfte auch schon gefordert haben, um persönliche Härten zu vermeiden. Ich hatte noch die Hoffnung, dass diese umgesetzt wird. In der Lehrerkammersitzung Mitte August starb die Hoffnung: Der Schulsenator erläuterte uns, dass die durch den erhöhten Unterrichtseinsatz gesparten 2,5 Lehrerstellen nur ein **kleiner** Sparbeitrag sei im Vergleich zu den der anderen Behörden. „Ob er lieber weniger Lehrer einstellen sollte?“ wurde ich gefragt. Natürlich kann niemals ein Einzelner über Sparalternativen entscheiden. Aber: Wenn ich vor die Wahl gestellt worden wäre, die alte Referendarausbildung zu behalten und dafür „nur“ 308,5 neue Lehrerstellen zu bekommen oder die neue Ausbildungsmodalität zu bekommen und dafür 311 neue Lehrerstellen, dann hätte ich mich für die erste Variante entschieden. Aber natürlich wurde ich nicht gefragt, auch die Bildungsgewerkschaften oder die Eltern. Lehrer- und Schülerkammer nicht. Denn: „Die Erhöhung der Anzahl der eigenverantwortlichen Stunden ist das kleinste Übel. In Schleswig-Holstein klappt das ja auch!“ (Originalzitat Ties Rabe). Meine Meinung: Eine gute Ausbildung unserer Referendare und ein sinnvoller Ablauf des Schulalltages sollten uns allemal mehr Wert sein als ein paar gesparte „Kröten“.

Neben der Lehrerstellenzahl stieg auch die Zahl der eingestellten Erzieher und Sozialpädagogen an, weil diese Personen im Ganztagsbereich, bei den Inklusionskindern und der Betreuung der förderbedürftigen Schüler vermehrt zum Einsatz kommen. Auch hier wird der Markt bald leergefegt sein. Besonders kritisch sieht der **DLH** das „Umswitchen“ bei der **Zuweisung der Förderhöhen** bei Kindern mit Behinderungen. Bisher wurden den Schulen je nach Anzahl der förderbedürftigen Kinder und der Schwere des Handicaps Förderstunden zugewiesen. Nun soll nach Gießkannenprinzip jede Schule ein Förderkontingent zugeteilt bekommen. Auch die Erhebung der Anzahl der förderbedürftigen Kinder soll wegfallen. Damit spart man nicht nur Verwaltungs-

arbeit, sondern man gewinnt auch weniger Einblicke in die Entwicklung. Das ist bedauerlich. Außerdem könnte ein verhängnisvolle Nebenwirkung eintreten: Engagierte und pädagogisch erfahrenere Schulen, die bisher mehr förderbedürftige Kinder übernommen haben, werden nun „bestraft“ und könnten - wie andere Schulen bisher auch - versuchen, möglichst wenig förderbedürftige Kinder zu bekommen, denn das Förderkontingent bleibt ja gleich groß. Meine Befürchtung: Irgendwo könnte es nun um jedes Kind ein unwürdiges Geschacher geben. Wer kann das nur wollen?

Der **Abbau der bewährten IR-Klassen**, deren Zuweisung höher war als an den anderen Grundschulen, war irgendwie „ungerecht“, aber die Arbeit war erfolgreich und hätte aus meiner Sicht auf andere Schulen ausgeweitet werden sollen. Natürlich braucht jede Grundschule, gerade nach der überhastet eingeführten Inklusion (das geht auf das Konto der vorherigen Regierung), mehr Ressourcen zur kindgerechten Förderung. Dass dies aber nun nach dem Nullsummenprinzip den anderen weggenommen wird, ist unbefriedigend.

Wir begrüßen die **Neueröffnung** von Schulen, die der Nachfrage entsprechen, z. B. das 60. Gymnasium in Hohenluft, die neuen Standorte an Stadtteilschulen auf der Uhlenhorst und in Harburg. Ob das neue Sondermodell auf der **Veddel** Erfolg haben wird, wird man sehen. Eine Wunschheirat zwischen Grundschule und geplanter Stadtteilschule ist es jedenfalls nicht. Und ob die Kooperation mit der dort ansässigen Wirtschaft klappt, wissen wir auch noch nicht.

Viel Erfolg sei auch den **Jugendberufsagenturen** gewünscht. Nach einer Erhebung aus den letzten Jahren „verschwindet“ von den 6500 Schulabgängern, die kein Abitur machen, etwa ein Drittel irgendwo. Ein zweites Drittel startet eine Berufsausbildung und das letzte Drittel gelangt in eine Übergangsmaßnahme. Also etwas mehr als 2000 Schüler, die aus den Sonder-, Haupt- und Realschulen kamen, tauchen irgendwo in der Großstadt unter. Das sollte verbessert werden. Wir benötigen zunehmend Jugendliche, die sich positiv in die Gesellschaft einbringen können und wollen, statt durch Destruktivität und Ziellosigkeit Kosten zu verursachen.

plomi

Aktuelle Themen

Die Mitgliederversammlung des DLH

Für den Fall, dass BB Sie rechtzeitig erreicht, hier die Einladung!

Liebe Kollegin, lieber Kollege, ich möchte Sie ganz herzlich zu unserer Mitgliederversammlung einladen, die am

**Dienstag, dem 25.09.2011
um 17.00 Uhr**

in den Räumen der
Gewerbeschule 11,
Gastronomie und Ernährung,
Angerstr. 4, 22087 Hamburg,
stattfindet.

Ab 16.15 Uhr stehen Kaffee und Kuchen für Sie bereit und es besteht dann auch im Vorwege noch Gelegenheit, mit dem einen oder anderen etwas zu klönen.

Anträge müssen dem Vorstand bis Montag, den 18.09.2012, schriftlich in der Geschäftsstelle vorliegen.

Tagesordnung:

1. Begrüßung durch den Vorsitzenden
2. Bericht des Vorstandes und anschließende Diskussion

3. Berichte
 - des Kassenwartes über das Haushaltsjahr 2011
 - der Rechnungsprüfer
4. Entlastung des Vorstandes und des Kassenwartes
5. Wahlen
 - Wahl eines stellvertretenden Kassenwartes
 - Wahl von zwei Rechnungsprüfern
 - Wahl eines/r Vorsitzenden für den Ausschuss „Ruheständler“
 - Wahl eines/r Vorsitzenden für den Ausschuss „Öffentlichkeitsarbeit“
 - Wahl eines/r Vorsitzenden für den Ausschuss „Junge Lehrer“
 - Wahl eines Vertreters des FB VLBS als stellvertretender Vorsitzender des **DLH**
 - Wahl eines Vertreters des FB VLW als stellvertretender Vorsitzender des **DLH**

6. Vorstellung und Annahme des Haushaltes 2013
7. Beitragsanpassung
8. Verschiedenes

Sollten Sie nicht damit einverstanden sein, auch weiterhin die Einladung zur Mitgliederversammlung per E-Mail zu erhalten, dann teilen Sie uns dies bitte mit.

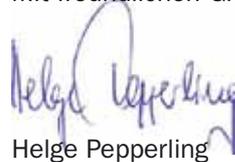
Sollten wir bis zum 18.09.2012 keine Mitteilung von Ihnen erhalten haben, gehen wir davon dieses Kosten sparende Verfahren auch weiterhin anzuwenden.

Im Anschluss an die Mitgliederversammlung findet um 19.00 Uhr eine Veranstaltung mit Prof. Esser zum Thema **„Pisa und die Politik - Sind Reformstress und Ressourcenverschwendung das notwendige Ergebnis?“** statt.

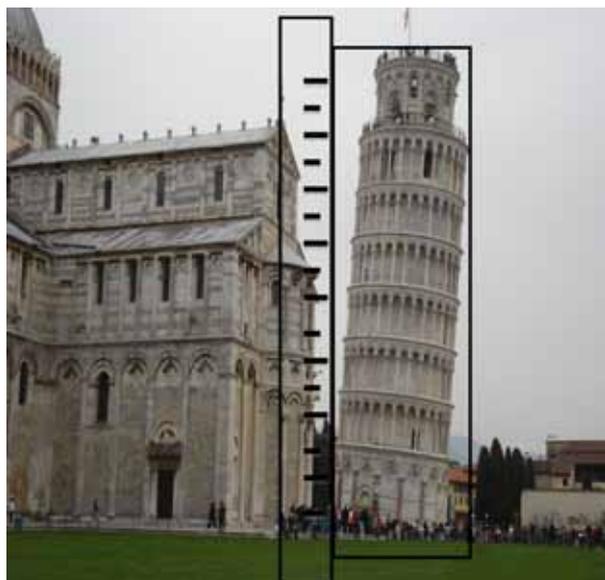
Der Soziologe Prof. Esser zieht ein Resümee über viele Jahre Pisa-Testverfahren.

Wir würden uns freuen, wenn Sie an dieser hoch interessanten Veranstaltung teilnehmen würden.

Mit freundlichen Grüßen



Helge Pepperling



An Pisa Maß anlegen! Pisa und die Politik Sind Reformstress und Ressourcenverschwendung das notwendige Ergebnis?

Der Soziologe Prof. Hartmut Esser zieht ein Resümee über viele Jahre Pisa-Testverfahren.

Datum: 25.9.2012 • Uhrzeit: 19 Uhr
Veranstaltungsort: • Berufsschule G11
Angerstraße 4 • 22087 Hamburg



Herbsttreffen der Ruheständler/innen

Am Donnerstag, dem 22. 11. 2012 findet die diesjährige Herbstversammlung der Ruheständler/innen des **DLH** statt

Ort der Veranstaltung ist wieder die G11 in der Angerstraße 4. Wir beginnen um 15.30; Einlass ist ab 15.00 Uhr.

Rudi Klüver vom dbb Hamburg wird ein Referat über die Beihilfe halten.

Dieter Semprich

Lehrergesundheit und Inklusion

Wie in der vorigen Ausgabe angekündigt, hatte der **DLH** am Mittwoch, dem 30. Mai, zu einem Abend mit Vortrag und Aussprache zu diesem Thema eingeladen. Prof. Bauer von der Universität Vechta war der Referent des Abends.

Prof. Bauer konnte durch seine empirischen Untersuchungen belegen, dass ein z. T. enger Zusammenhang zwischen Lehrerzufriedenheit und Lehrergesundheit besteht.

Konkret: Wenn, wie bei der Einführung der Inklusion, Lehrkräfte unvorbereitet vor völlig neue Aufgaben gestellt werden und ihr bisheriges Konzept nicht mehr trägt, ist dies ein besonders wirksamer Faktor, um die Lehrkräfte in Resignation, burn-out und Krankheit zu treiben. Diese Konsequenz tritt immer dann in besonders intensiver Weise auf, wenn den Lehrkräften, ohne ihnen Alternativen zu eröffnen, ihre bisherigen Unterrichtskonzepte aus der Hand geschlagen und sie unvorbereitet einer Situation ausgesetzt werden, die ohne ihre Beteiligung konzipiert wurde und die für sie pädagogisch nicht mehr beherrschbar ist.

Dieser Kernbefund ist an sich nicht verwunderlich; wir kennen genügend Beispiele aus der Praxis des Schulalltags, gerade in Hamburg, wo Reformen



stets voreilig, unvorbereitet und unter Zeitdruck erfolgen. Weil das so ist, war dieser wissenschaftliche Befund für den **DLH** so wichtig!

Wichtig ist doch für unsere Argumentation gegenüber der BSB, dass unsere kritische Position wissenschaftlich begründet ist und nicht als larmoyante Klage abgetan werden kann, Insofern

war der Abend ein Gewinn, auch wenn wir uns eine größere Beteiligung gewünscht hätten.

Der **DLH** wird gleichwohl seine Reihe von Fach- und Sachvorträgen fortsetzen; die nächste Veranstaltung wird sich kritisch mit den Pisa-Testungen auseinandersetzen.

Dieter Semprich

Gedanken einer Referendarin...

zu dem bisherigen Modell (12 Stunden bedarfsdeckender Unterricht) und zu der geplanten Ausweitung des bedarfsdeckenden Unterrichts auf 15 Stunden sowie zu weiteren Maßnahmen.

Stichwort: Eingangsphase

Ich halte eine Eingangsphase zur Orientierung in die Schul- und Klassenstrukturen sowie in die organisatorischen und personellen Abläufe grundsätzlich für sehr wichtig! Die erste Orientierung sowie das Finden der eigenen Rolle innerhalb eines so vielschichtigen Systems, welches die Schule darstellt, erfordert einfach eine gewisse Zeit. Diese Zeit sollte den Referendarinnen und Referendaren unbedingt gegeben werden, damit sie diesbezüglich gut eingebettet und zielgerichtet in die Phase des bedarfsdeckenden Unterrichts übergehen können.

Ich musste trotz Eingangsphase gleich zu Beginn voll in den eigenverantwortlichen Unterricht einsteigen, da zu je-

dem Zeitpunkt eine kurzfristige Not an Lehrkräften herrschte. Das bedeutete, dass ich mir die gesamte Orientierung in den schulischen Ablauf nebenbei aneignen musste, was anfangs zu einigen Missverständnissen und Problemen und damit zu einem Gefühl der Überforderung geführt hat. Dieses Gefühl war jedoch nicht allein durch die Mehrarbeit bedingt sondern durch die gleichzeitige, ebenfalls zeitlich bedingte, mangelnde Betreuung durch meine Mentoren. Ich befürchte daher, dass durch den Wegfall der Eingangsphase und der gleichzeitigen Erhöhung des bedarfsdeckenden Unterrichts noch weniger Zeit für individuelle Unterrichts- oder Fallbesprechungen zur Verfügung stehen wird. Die Qualität der Ausbildung wird darunter leiden und letztlich auch die Qualität des Unterrichts. Man unterrichtet vielleicht mehr, hat aber dennoch weniger Zeit das fachliche „Handwerkszeug“ von erfahrenen Lehrkräften zu lernen indem man z.B. supervidiert wird und die eige-

nen unterrichteten Stunden bespricht. Gleichzeitig steigt von vielen Seiten der Anspruch an die Qualität des Unterrichts. Als Konsequenz beschleicht einen das Gefühl, das „eigene Süppchen“ brauen zu müssen, da niemand genug Zeit hat, einen angemessen zu begleiten. Dabei kann man nur hoffen, dass das Ergebnis den Geschmacksnerv der Prüfungskommission trifft.

Stichwort: Verkürzung der Seminarzeiten

Die meisten Seminare bilden ein gutes didaktisches und methodisches Fundament aus dem man in dann der Praxis schöpfen kann. Außerdem eignen sie sich auch gut zum Erfahrungsaustausch mit Kolleginnen und Kollegen. Statt einfach zu verkürzen sollte man über qualitative Befragungen der Referendarinnen und Referendare herausfinden, welche Seminare sich als besonders sinnvoll erweisen und welche Themen noch erwünscht sind.

Stichwort: Reduzierung der Anwärterbezüge

Von den Anwärterbezügen kann man als Alleinverdienerin nicht leben, schon gar nicht, wenn man eine Familie zu versorgen hat. Andererseits befindet man sich in der Ausbildung. Hier ist aber schon der Wurm drin. Ich hatte

in diesem Punkt zwar Glück, aber so manche meiner Kolleginnen und Kollegen fühlten sich nicht ausgebildet sondern höchstens als billige Arbeitskraft ausgebeutet. Hier sollte über die Verhältnismäßigkeit nachgedacht werden. Mit einer guten Betreuung durch einen fairen und fähigen Mentor sowie ein an-

gemessenes Arbeitspensum lässt sich eine finanzielle Durststrecke sicherlich besser ertragen.

Die Autorin ist Referendarin in Hamburg. Ihr Name ist der Redaktion bekannt.

Gespräch mit dem Vorsitzenden der Lehrerkammer



Am 21. August 2012 führte ich ein Gespräch über aktuelle berufs- und schulpolitische Fragen mit dem Kollegen Iversen, dem Vorsitzenden der

Lehrerkammer. Dabei ging es darum, sowohl des Standpunkt der Lehrerkammer als auch die persönliche Meinung des Kollegen Iversen kennen zu lernen. Das ist im Text jeweils gekennzeichnet. Dieses Gespräch ist Teil einer Reihe, die vor einigen Jahren mit Interviews der bildungspolitischen Sprecher der Parteien begonnen wurde. Sie soll fortgesetzt werden.

Dieter Semprich

BB: Wie schätzen Sie die gegenwärtige Situation der Hamburger Referendarinnen und Referendare ein, insbesondere in Hinsicht auf die Erhöhung des eigenverantwortlichen Unterrichts?

I: Die Lehrerkammer spricht sich geschlossen gegen die Erhöhung des eigenverantwortlichen Unterrichts aus. Auch die Anleiter/innen sind damit überfordert. Gemeinsame Stunden zur Anleitung und gegenseitigen Unterrichtsbesuchen sind noch schwieriger zu finden als bisher. Auch die Anzahl der Hospitationen hat sich verringert. Den Referendarinnen und Referendaren bleibt weitgehend nur, irgendwie selbst zu lernen. Eine qualitativ hochwertige Ausbildung ist dadurch nicht mehr möglich. Es kommt hinzu, dass die Schulleitungen zukünftig durch die Zuweisung der Referendarinnen und Referendare jeweils zum 1. August und 1. Februar große Schwierigkeiten haben werden, einen sinnvollen Unterrichtseinsatz zu organisieren.

BB: Welche Ziele sind für Sie vorrangig bei der Reform der Lehrerbildung?

I: Die Lehrerkammer tritt für eine frühzeitige, praktische Ausbildung ein. Sie kritisiert ausdrücklich, dass ihr die neue Ausbildungs- und Prüfungsordnung nicht rechtzeitig zugeleitet wurde,

sondern nur die geplante Änderung der Einstellungstermine zur Stellungnahme vorgelegt wurde.

Ein Konzept, mit dem zusätzlichen Unterricht der Referendare Sparauflagen im Rahmen der sogenannten „Schuldenbremse“ zu erfüllen, lehnt die Lehrerkammer entschieden ab. Dieser Unterricht von schlecht angeleiteten und strukturell überforderten Referendarinnen und Referendaren ist kein Gewinn für die Schüler/innen.

BB: Welche Position vertritt die Lehrerkammer zur Altersentlastung für die Hamburger Lehrer?

I: Die Altersentlastung ist nach wie vor unzureichend; sie sollte sich an Regelungen zur Altersentlastung anderer Bundesländer orientieren.

BB: Der DLH sieht die Unterrichtstätigkeit als Kernkompetenz der Lehrkräfte durch die Verpflichtung zu immer neuen außerunterrichtlichen Aufgaben gefährdet. Das ausufernde Berichtswesen ist ein Aspekt. Wie ist Ihre Einschätzung?

I: In der Tat generiert z. B. das ausufernde Berichtswesen immer neue Aufgaben für die Lehrkräfte, ohne dass der Gewinn für die Schüler/innen immer erkennbar wäre. Oftmals entstehen „Datenfriedhöfe“, die nicht gelesen werden und nicht zur konkreten Hilfe bei den Schülerinnen und Schülern beitragen. Ein weiteres Beispiel ist das Schulschwänzen: Die Mehrarbeit der Kolleginnen und Kollegen führt nicht im notwendigen Umfang zu substantiellen Hilfen für die betroffenen Schülerinnen und Schüler. Ich bezweifle die Aussage des Senators, dass Mehreinstellungen von Lehrkräften dies ausgleichen. Zudem sind die tatsächlichen Klassengrößen in den besonders betroffenen Klassenstufen nicht im versprochenen Ausmaß gesunken.

An den Stadtteilschulen wird die Situation zusätzlich durch die Rückläufer vom Gymnasium verschärft.

BB: Der DLH sieht eine grundlegende Reform der LAZ-VO als überfällig an und

eine Reihe von Tätigkeitsbereichen der Lehrkräfte nicht in ihr berücksichtigt. Welche Einschätzung haben Sie zu dieser Frage?

I: Es ist dringend notwendig, den Lehrkräften mehr Zeit für qualifizierten Unterricht zuzugestehen (Stichwort: Faktorisierung). Nach meiner Meinung sollte die LAZ-VO generell abgeschafft werden. Ziel muss auf jeden Fall eine deutliche Absenkung der Unterrichtsverpflichtung sein. Der gegenwärtige Zustand geht zu Lasten der Gesundheit der Kolleginnen und Kollegen und der Unterrichtsqualität.

Zugleich muss eine Entlastung von bürokratischen Tätigkeiten erfolgen. Dies darf jedoch gerade nicht durch Umwidmung von Lehrer- in Verwaltungsstellen geschehen, weil dadurch im Rahmen LAZ-VO die Unterrichtsverpflichtung noch weiter steigen würde.

Die Lehrerkammer sieht die Senkung der Unterrichtsverpflichtung als eine zentrale Aufgabe an. Kaum jemand kann auf Dauer 29 Wochenstunden hochwertigen Unterricht erteilen und dabei gesund bleiben.

Seit der Einführung des Arbeitszeitmodells sind nach Einschätzung der Behler-Kommission mehr als 30 zusätzliche Aufgaben ohne Anrechnung hinzugekommen. Dieser Bericht ist mittlerweile auch einige Jahre alt und die Anzahl von Aufgaben, die im ursprünglichen Lehrerarbeitszeitmodell nicht berücksichtigt sind, ist weiter gewachsen.

BB: Welche Position vertritt die Lehrerkammer zur Kürzung bzw. Wegnahme der Sonderzahlung?

I: Die Lehrerkammer spricht sich uneingeschränkt gegen diese Kürzung bzw. Wegnahme von Gehaltsbestandteilen aus.

BB: Obwohl der Schulsenator den Kolleginnen und Kollegen mehr Ruhe für ihre Arbeit versprochen hat, haben die Lehrkräfte viele neue Aufgaben zu schultern. Wie schätzt die Lehrerkammer diese Situation ein?

I: Die versprochene Ruhe ist nicht eingeleitet. Im Gegenteil beherrscht leider eine neue Atemlosigkeit den Schultag! Die Kolleginnen und Kollegen wollen und brauchen Zeit für einen qualitativ hochwertigen Unterricht. Diese Zeit und ein gewisses Maß an Regeneration fehlen und begünstigen den burn-out. Um konkret zu werden - zwei Beispiele: Was hätte es geschadet, die gymnasiale Studienstufe noch einige Jahre nach der bisherigen, gerade eben implementierten Ordnung durchlaufen zu lassen, anstatt sofort ein neues Verfahren einzuführen?

Entsprechendes gilt für die Inklusion: Hier hätte es sich angeboten, auf der Basis der bewährten Integrationsklassen dieses System schrittweise auszubauen anstatt die I-Klassen abzuschaffen und ein neues, unausgereiftes und schlecht geplantes System einzuführen.

BB: Wie schätzt die Lehrerkammer den Stand der Umsetzung der Inklusion an Hamburg Schulen ein? Sind die Ressourcen ausreichend und welche Position vertritt die Lehrerkammer zur systemischen Zuweisung für LSE-Kinder?

I: Wie bereits gesagt, es wurde nicht an das erfolgreiche Modell der I-Klassen angeknüpft. Zudem ist unbestreitbar, dass die neuen Inklusionsklassen deutlich schlechter gestellt sind als die früheren I-Klassen und I/R-Klassen. Es fehlt zudem eine verlässliche Planungsgrundlage: Je nach Umfang der systemischen Zuweisungen, abhängig vom KESS-Faktor, sieht die Förder-situation an jeder Schule anders aus. Das schafft Unsicherheit für alle Beteiligten. Insbesondere die Eltern wissen nicht, was mit ihrem Kind passieren wird, und können deshalb nicht in dem Maße hinter diesem Konzept stehen wie es bei den I-Klassen der Fall war.

Es ist statistischer Zufall, wenn die Zuweisung dem tatsächlich benötigten Förderbedarf entspricht. Dieser Mangel an Verlässlichkeit und die generelle Unterversorgung ist ein wichtiger Grund

dafür, dass die Inklusion als Projekt in Hamburg gar nicht positiv besetzt ist. Leider.

BB: Wie sieht die Lehrerkammer den gegenwärtigen Stand des Ausbaus der GBS und wie schätzt die Lehrerkammer den Ausbau der Ganztagschule grundsätzlich und in Bezug auf die Umsetzungsgeschwindigkeit ein?

I: Bereits seit 2003 fordert die Lehrerkammer die ganztägige Beschulung und Betreuung. Dabei muss die Betonung darauf liegen, dass nicht nur betreut wird, sondern dass der Pädagogik das Primat zukommt.

Nach meiner persönlichen Auffassung bleibt die Ganztagschule das pädagogisch erstrebenswerte Ziel. Wenn ich es zugespitzt formuliere, ist die „Aufbewahrung“ am Nachmittag zwar besser als Privatfernsehkonsument, geht aber an den Zielen der Ganztagschule vorbei, nämlich mehr Bildungsgerechtigkeit zu verwirklichen.

BB: Was ist für den weiteren Aus- und Aufbau der Stadtteilschulen vorrangig?

I: Nach meinem persönlichen Eindruck hat die Stadtteilschule zunehmend die Aufgabe, das ungestörte Arbeiten der Gymnasien ermöglichen. Sie schultert nahezu allein die Inklusion in der Sekundarstufe I und muss nach Klasse 6 die Schüler/innen vom Gymnasium aufnehmen, die dort abgeschult werden. Das führt im Übrigen auch zu Problemen an den Gymnasien, da sich dort die Schülerzahl abrupt ändert, mit den sich daraus ergebenden, organisatorischen Schwierigkeiten.

Deshalb wird die Stadtteilschule leider nicht als eigenständige Säule neben dem Gymnasium wahrgenommen, obwohl sie einen hohen Prozentsatz ihrer Schülerinnen und Schüler in 13 Jahren zum Abitur führt.

Der Senator plant, zukünftig die Umschulung von Schüler/innen am Ende von Klasse 10 des Gymnasiums in Klasse 11 der Stadtteilschule zu er-

möglichen. Dies begrüße ich sehr und hoffe, dass der Senator an diesem Konzept festhält. Auch diese Wechsler sind Opfer eines mehrgliedrigen (hier zweigliedrigen), selektiven Systems, das die Aufteilung der Schülerschaft viel zu früh, nach der vierten Klasse, praktiziert.

Leider ist auch von einer besseren Beratung an der Schnittstelle zwischen der Grundschule und den weiterführenden Schulen keine entscheidende Verbesserung zu erwarten. Wir brauchen eine eingliedrige Sekundarstufe I von der 5. bis zur 10. Klasse. Diese neue Sekundarstufe sollte nach einigen Jahren der Vorbereitung, mit Klasse 5 beginnend, hochwachsen.

BB: Wie sieht die Lehrerkammer die Situation beim Zentralabitur und generell bei der Zentralisierung der Abschlüsse?

I: Die Lehrerkammer hat ausführlich zum Zentralabitur Stellung genommen. Es wäre weitaus vernünftiger gewesen, in Ruhe nach dem alten System vier bis fünf Jahre weiterzuarbeiten. Es wäre auch kein Schade, nach den mit viel pädagogischem Einsatz erarbeiteten Profilen, auch auf Dauer, weiterzuarbeiten. Es ist nicht zu erkennen, dass durch Zentralisierung ein höheres Niveau erreicht wird. Diejenigen, die die entsprechenden Aufgaben verfassen, müssen immer im Blick haben, ob ihre Aufgaben auch für die Schülerinnen und Schüler geeignet sind, die nicht unter den besten Bedingungen lernen. Die Prüfungsergebnisse des „Zentralabitur“ sind oft besser als nach dem alten System. Die spricht nicht automatisch für eine Verbesserung oder höhere Qualität.

Zudem existiert ein grundsätzlicher Widerspruch zwischen der zunehmenden Orientierung auf zentrale Abschlussprüfungen und Tests und dem sonst so vehement geforderten pädagogischen Grundsatz des individuellen Lernens.

BB: Herr Iversen, ich danke Ihnen für das Gespräch.

Schulschwänzen



Schulschwänzen ist ein immer ein Signal und oft ein Hilferuf. Der Jugendliche will damit sagen: „Ich habe hier keine Erfolgserlebnisse mehr und suche sie mir

deshalb an anderer Stelle.“ Dass es soweit kommen konnte, geht immer auf ein vielfältiges Geflecht von Ursachen zurück.

(Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird nur die männliche Form verwendet. Zudem sind die männlichen Jugendlichen häufiger am Schulschwänzen beteiligt als weibliche Jugendliche.)

Die schulischen Erfahrungen und die Untersuchungen, die es zum Schulschwänzen gibt, machen die hauptsächlichsten Gründe für den Absentismus deutlich:

- Es ist in erster Linie die defizitäre Situation im Elternhaus, die durch Bildungsferne, mangelnde Fürsorge oder Verwahrlosung gekennzeichnet ist.

- Die Perspektivlosigkeit in Bezug auf eine erfolgreiche berufliche Laufbahn mit einer Lehrstelle in einem halbwegs gewünschten Beruf kommt hinzu. („Was soll das, ich krieg´ ja doch keine Lehrstelle!“) Allerdings möchte ich für einen Teil der selbst erlebten Fälle einschränken, dass ich den Aspekt einer bequemen Ausrede nicht ausschließen konnte. Da fehlte es dann an Konsequenz im Elternhaus, womit sich ein Teufelskreis schließt.
- Wir müssen aber auch akzeptieren, dass die Schule selbst nicht immer das Nötige getan hat und tut. Ich sehe hier zwei Aspekte:
- Unsere Schulen können noch nicht flexibel genug auf dieses Problem reagieren. Wie soll ein Jugendlicher wieder gern zur Schule gehen, wenn

ein notorischer Störenfried einmal nicht auftaucht.

Was ist also zu tun?

Der Schulsenator hat völlig Recht, wenn er feststellt, dass Schulschwänzen kein Kavaliersdelikt ist. Und viel zu lange wurde ganz überwiegend die „weiche Welle“ praktiziert mit einem recht einseitigen Verständnis und ohne damit Forderungen an die Erziehungsberechtigten und den Schulschwänzer zu verknüpfen. Das Schulschwänzen wurde aufgrund des Verständnisses für die Ursachen entschuldigt und dadurch gefördert.

Meine Erfahrung geht zwar dahin, dass finanzielle Sanktionen bei Eltern, die ihre Erziehungsaufgaben nicht wahrnehmen, Verhaltensänderungen bewirken können. Aber das ist nicht durchgängig

einer sinnvollen Tätigkeit in einer Werkstatt oder einem Garten nachzugehen ist für diese Jugendlichen bereits ein Erziehungsziel und eine wichtige Erfahrung, der sie ständig versucht haben auszuweichen. Die mit diesen Jugendlichen befassten Erzieher beklagen immer wieder, dass man zu den Maßnahmen, die helfen würden, gar nicht erst kommt, weil der Jugendliche sich ihnen entzieht. Das ist aus seiner Sicht ja auch nachvollziehbar, denn es bedeutet für ihn Änderung des bisher gewohnten Lebens und Anstrengung.

Man sollte eine solche Zwangsmaßnahme nicht von vornherein aus sehr ehrenwerten, pädagogischen Gründen ausschließen. Besonders die amerikanischen Veröffentlichungen betonen den engen Zusammenhang zwischen Kriminalität und Schulschwänzen, indem sie feststellen, dass über 75% der jugendlichen Straftäter Schulschwänzer waren. Es geht eben nicht nur um eine gelegentliche Auszeit, sondern um den Einstieg in ein verpfushtes Leben und um viel Leid für sich und andere.

Wenn man über diese Maßnahmen, die ja häufig im Mittelpunkt öffentlich geführter Diskussionen stehen, nachdenkt, kommt man nicht umhin, auch die Erziehungsberechtigten in die Überlegungen mit einzubeziehen.

Man merkt bei einem Hausbesuch durchaus, ob die Erziehungsberechtigten (und -verpflichteten) sich bemühen und kümmern, mit der gegenwärtigen Situation jedoch überfordert sind und um Hilfe nachsuchen oder ob ihnen das Wohl ihres Kindes gleichgültig ist. Aber diese Strafmaßnahmen sind bestenfalls ultima ratio.

Entscheidend sind vielmehr die folgenden drei Punkte:

- Viel wichtiger ist es, präventive Arbeit in der Grundschule zu leisten, bevor das kritische Alter von 12 bis 18 Jahren erreicht wird. Unter „Arbeit“ verstehe ich die Arbeit mit dem Kind, und, ebenso intensiv, mit den Erziehungsberechtigten. Der Schulsenator hat das völlig zu Recht betont, nur muss es dafür auch die benötigten Personalressourcen geben. Der Erziehungswissenschaftler Joachim Schwohl hat Recht, wenn er darauf hinweist, dass Lernen und Zwang sich nicht vertragen (Hamburger Abendblatt, Magazin, 4./5.8.2012). Aber die Lösung liegt eben nicht nur, wie er sagt, in der Schule. Sie liegt genauso im Elternhaus in dem Sinne, dass hier zumeist die Probleme entstehen. Nur wenn es gelingt, ei-



**Jugendliche
brauchen eine
Perspektive!**

er den Anschluss verloren hat? Die besonderen Einrichtungen für Schulschwänzer in Hamburg zeigen dieses Problem auf. Eigentlich müsste mindestens ein Teil dieser Probleme an der Schule aufgearbeitet werden, durch besondere Unterstützungsmöglichkeiten an den Schulen selbst, damit eine fließende Reintegration möglich ist.

- Die Schulen haben sich bisher aus einem verständlichen Eigeninteresse auf allen Ebenen wenig konsequent mit diesem Problem befasst: Es ist viel zusätzliche Arbeit, einem schwänzenden Schüler nachzugehen und das Schulschwänzen kann das Image einer Schule beschädigen. Ein Lehrer, der allein gelassen wird und ohnehin schon genug Probleme in seiner Klasse zu verkraften hat, ist froh, wenn

so und eine erzwungene Verhaltensänderung bewirkt in den meisten Fällen eben keine Änderung der Einstellung. Und auf die kommt es an. Deshalb ist eine solche Zwangsmaßnahme *allein* sicherlich kein geeignetes Mittel.

Alle Untersuchungen in Deutschland und auch im angelsächsischen Sprachraum*) betonen und belegen diesen Sachverhalt. Nur ein umfassendes Maßnahmenbündel („comprehensive measures“), an dem die Schule, Förderinstitutionen, Jugendämter, Jugend- und Familienrichter und die Polizei beteiligt sind, kann zum Erfolg führen.

Nur unter dieser Prämisse ist es verantwortbar, im Einzelfall auch über einen Jugendarrest nachzudenken, wenn er als erzieherische Maßnahme gestaltet wird. Morgens aufzustehen und dann

ne Kooperation zwischen Schule und Elternhaus herzustellen, kann es gelingen, den Schulschwänzer aus seiner Situation herauszuführen. Seiner Forderung, in jeder Grundschulklasse müssten deshalb zwei Lehrkräfte unterrichten (er meint wohl die Doppelbesetzung), will man ja gar nicht widersprechen, aber sie ist nun einmal fern der Realität und in soweit wenig hilfreich. Wenn das nicht flächendeckend möglich ist, soll dann die Prävention unterbleiben? Es muss gezieltere Maßnahmen geben und über diese muss nachgedacht werden.

- Ebenso wichtig wie die Prävention ist es, den Jugendlichen eine zuverlässige Perspektive zu eröffnen. Das bedeutet, sie müssen Hilfen bei der Vorbereitung auf einen Schulabschluss bekommen und die Zusage auf eine Lehrstelle in einem Berufsfeld ihrer Wahl. Hier ist im Rahmen der Berufsorientierung eine enge Zusammenarbeit zwischen Stadtteilschulen, Berufsschulen, überbetrieblichen Einrichtungen und den Kammern notwendig.
- In der Situation selbst, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, kommt es darauf an, den Jugendlichen nicht allein zu lassen und Ressourcen für die individuelle Begleitung und För-

derung zur Verfügung zu haben, auch und gerade wenn das den Jugendlichen „nervt“. Die Folgekosten, einmal ganz abgesehen von dem unerfüllten oder gar zerstörten Leben, sind weit höher als die Kosten für den Aufwand, dem Schulschwänzen konsequent nachzugehen. Die Erhebungen weisen aus, dass $\frac{3}{4}$ der kriminell gewordenen Jugendlichen eine „Karriere“ als Schulschwänzer hatten. Es darf eben nicht das geschehen, was im Fall „Vanessa“ im besagten Abendblattartikel geschildert wurde: Alle zuständigen Einrichtungen haben gewiss etwas getan, aber es blieb ohne Ergebnis und das wurde letztlich hingenommen. Fehlte es nicht doch an entscheidender Stelle an den Ressourcen, um das Mädchen aufzusuchen, es an die Hand zu nehmen und bei dem Sprung in die neue Realität wenigstens ein paar Tage zu begleiten?

Ich hoffe, dass der Senator den Worten weitere Taten folgen lässt. Insbesondere benötigen die Lehrkräfte deutlich mehr Unterstützung als bisher. Bei allem Verständnis für Haushaltszwänge: Es nützt einer Kollegin oder einem Kollegen in der konkreten Situation nicht, wenn die Behörde in der Fläche einige hundert Lehrer mehr eingestellt hat.

Das ist eine große Leistung des Senators, hat aber mit der enormen Belastung der Lehrkraft durch konsequenten Nachgang des Schulschwänzens nichts zu tun. Hier muss nämlich punktuell ein unglaublicher zusätzlicher Einsatz von Kraft, Nerven und Zeit geleistet werden.

Dieter Semprich

Anhang

*) Eine Auswahl zu den Untersuchungen und Veröffentlichungen:

1. Michael Franzke und Anja Oehme: das Schulverweigererprojekt Leipzig
2. Das Online-Familienhandbuch: Dr. Karl-Heiz Timm: Null Bock auf Schule – Wie entstehen Schulmüdigkeit und Schulverweigerung? – Was kann ich tun
3. Verbreitung und Determinanten der Schulverweigerung in Köln, Forschungsinstitut für Soziologie Universität Köln
4. Evaluation of truancy sweep follow-ups, Karen Halsey et. al., produced by the department for Education and skills, Crown Copyright 2003
5. The Costs and Benefits of Truancy Reduction Efforts in Colorado, The Colorado Foundation for Families and Children Center for Research and Evaluation, August 2002 („truancy“ – Schulschwänzen).

Verwaist nach dem Schulabschluss

Es ist wieder soweit. Tausende von Klassenlehrern sind verwaist. Von einem Tag auf den anderen verlassen von ihren Schülern. Es sind die Lehrer der Abschlussklassen, die im Lehrerzimmer herumlaufen wie Falschgeld. Die anderen haben noch zu tun. Die Hektik der Zeugniszeit erfüllt den Raum. Mist, das Datum war falsch! Wer hat das nicht richtig eingestellt? 23 Kopien und Originale müssen erneut ausgedruckt, unterschrieben und gesiegelt werden. Langsam wird das Wasserzeichenpapier knapp. – Der verwaiste Klassenlehrer neidet ihnen sogar den Stress. Was einen Klassenlehrer ausmacht? Er fühlt sich am wohlsten, wenn er morgens zu seiner Klasse stößt. Wenn die Neuigkeiten ausgetauscht, die nötigen Ansagen gemacht sind, freut ihn nichts mehr, als 25 Augenpaare an seinen Lippen hängen zu sehen. Der Klassenlehrer genießt das Bad in der Menge und ist es gewohnt, für seine Schüler ansprechbar zu sein. Immer. – Jetzt hat er nichts mehr zu tun, seine Zeugnisse sind verteilt. Sein oft jahrelanges Küm-

mern ist zu Ende. Er wird nicht mehr gebraucht. Was ihm bleibt, ist die Erinnerung...

Sechs Jahre hat er seine Schäfchen begleitet, fünf Fächer mit 16 Wochenstunden in seiner Klasse unterrichtet. Gemeinsam sind sie durch Dick und Dünn gegangen. Regeln einzuhalten, lernten manche nur schwer. Richtig und falsch zu unterscheiden und danach zu handeln, auch. Klassenreisen brachten bei 24 Stunden Dienst Erfahrungen besonderer Art und Stress pur. Er hielt die Leine lang, aber seine Schüler wussten genau, wann es genug, wann ihre Freiheit ausgereizt war. Manche Kollegen hatten argwöhnisch geschaut. War er zu streng? Musste er so pingelig sein? Warum achtete er sogar darauf, wie seine Schüler gekleidet waren? Was sollte dieses Benimm-Training? Kam es denn darauf an?

Offenbar ja. Seine Schüler wuchsen über die Jahre zu selbstbewussten, offenen jungen Menschen heran, die es gewohnt waren, für den Mist, den sie

bauten, einzustehen. In ihrer Klasse galt das Motto >einer für alle, alle für einen<. Hier wurde niemand verpöffen, sie regelten Fehlverhalten selbst. Ihren Klassenlehrer liebten sie, denn sie wussten, dass sie sich auf ihn verlassen konnten. Sie wussten auch, dass er im Ernstfall auf ihrer Seite stand, nicht nur, um einkassierte Handys zurückzuholen. Nicht selten hatte er für sie sogar gelogen.

– Und dann das! – In seiner Abschiedsrede vor der gesamten Jahrgangsstufe, den Eltern und Lehrern, zitierte er einen amerikanischen Highschoollehrer. Alle glaubten, sie hätten sich verfehlt. „Ihr seid nichts Besonderes“, begann er. Unruhe bei den Zuhörern, als er fortfuhr: „Ihr wurdet verhätschelt und verwöhnt, umschwärmt, behütet, in Luftpolsterfolie gewickelt. Aber bildet euch nicht ein, ihr wäret außergewöhnlich, denn das seid ihr nicht!“ Und dann weiter: „Das heißt, dass ihr alle gleich seid. Ihr habt zwar einen Abschluss, aber den haben ja viele. Was dahinter steckt, wird sich erst noch zeigen. Da

draußen wartet niemand auf euch, solange ihr nicht selbst aktiv werdet und euch selbst besonders macht. – Hier sitzen also ca. 115 Nicht-Besondere, die heute ihren Realschulabschluss erreicht haben“. Gemurmelt. Zaghafte Grinsen auf einigen Gesichtern. Dann lobte er sie doch, weil sie etwas geschafft hatten, ganz im Gegensatz zu einem imaginären Schüler, der sein Scheitern in einem Gedicht verarbeitet hat.

Cüs! So ein Scheiß!
Das hät ich nicht gedacht.
Seit ich weiß
wie schlecht ich steh,
hab ich nicht mehr gelacht.

Das Jahr ist rum
Schulzeit vorbei.
Bin doch nicht dumm,
und doch kaum ne Drei!
Hätt ich gelernt,
wär ich jetzt dabei.

Alles war geil,
nur nicht der Unterricht.
Weil,
aus meiner Sicht,
alles andere wichtiger war.

(Oh shit, mein Nagel ist ab!)
Sitzt mein Haar?

Ich hab nicht den Schnitt!
Wie jetzt die Fünf in Mathe
ausgleichen?
Womit die andere in Ethik
begleichen?

Bin selbst schuld
Hab die Schule geschwänzt,
keine Geduld,
mich selbst ausgegrenzt.
Dachte „Lass die doch labern,
Lehrerworte –
müdes Wabern!“

Dabei hatt' nur ich selbst
keine Planung!
Hätt' ich auf sie gehört,
nicht in den Wind
geschlagen jede Mahnung.
Hab meinen Lebenslauf
gestört.
Meinen Eltern Lügen
aufgetischt,
die Realität hat mich
erwischt.

War überheblich,
dummfrech, arrogant,

eih, das geht nicht,
bin doch so charmant!
So ein Scheiß,
dass jeder weiß,
dass ich's vermasselt hab.
Gescheitert! – Ich bin tot!
Illusion dahin –
bin echt in Not.

Nun hatte auch der Letzte die Botschaft verstanden. – Applaus! Applaus!
– Abends feierten sie gemeinsam einen rauschenden Abschlussball.
– Das war's. Zehn Jahre Schulzeit für die Schüler, sechs Jahre Verantwortung, Erziehung und gemeinsames Erleben für den Klassenlehrer der Sek. I
– vorbei. – Und jetzt?

Was wird das nächste Schuljahr bringen? Für die, die wieder Klassenlehrer sein dürfen, ist die Leere bald vorbei, verdrängt die Freude auf neue Schüler die Wehmut über den Verlust der Ehemaligen.
Bei denen, die aber keine neue Klasse bekommen, wird das Waisengefühl wohl bleiben. Klassenlehrer wissen, wovon ich spreche.

Karin Brose

Arbeitskreis

„DLH gegen Mobbing“



Liebe Kollegin, lieber Kollege,
wenn Sie Beratungsbedarf haben, wenden Sie sich an uns über die Telefonnummer der Geschäftsstelle 25 52 72 oder mit einer E-Mail:
info@dl-hamburg.de

Der Arbeitskreis **DLH** gegen Mobbing:
Brigitte Dilly, Bernd Kallweit, Gertrud Römer



Aus unserer Geschäftsstelle

Gruppendiensthaftpflichtversicherung

Aufgrund einiger Nachfragen möchten wir noch einmal **auf die im Mitgliedsbeitrag enthaltene Gruppendiensthaftpflicht-Versicherung** hinweisen: Versichert sind u.a. folgende Ersatzleistungen je Schadensereignis (Deckungssumme der Diensthaftpflichtversicherung)

- **5.000.000,00 Euro pauschal bei Personen-/Sachschäden**
- **50.000,00 Euro bei Abhandenkommen von Dienstschlüsseln**

- **5.000,00 Euro für Schäden am Schuleigentum**

Schadensfälle, die voraussichtlich einen Haftpflichtanspruch zur Folge haben könnten, sind unverzüglich, spätestens innerhalb einer Woche, unter kurzer Darlegung des Sachverhaltes an die Geschäftsstelle des **DLH** zu melden. Dabei sind alle Schriftstücke, die in der Schadenssache vorliegen, wie Anspruchsschreiben usw. beizufügen bzw. nachzureichen.

Rechtsschutzanträge

Um einige zügige Bearbeitung von Anträgen auf Rechtsschutz gewähren zu können, bitten wir eindringlich darum, diese ausgefüllt generell an die Geschäftsstelle des **DLH** zu senden. Erst wenn durch den **DLH** mit Unterschrift und Stempel Rechtsschutz gewährt wird, ist eine Bearbeitung durch das Dienstleistungszentrum des dbb möglich.

Ralph Ehrhardt, Werner Krauss

Besprechungen

Kulturgeschichte des Sports

In diesem Jahr finden laufend Sport-Großereignisse statt, von der Fußball-EM bis zur Olympiade in London. Da bietet es sich an, einmal grundlegend und vertiefend über den Stellenwert in unserer Gesellschaft nachzudenken. Mit seiner Kulturgeschichte des Sports (494 Seiten, C. H. Beck, München 2012, 24,95 €) liefert der Historiker Wolfgang Behringer eine gut lesbare und sehr informative Übersicht über die Entwicklung des Sports von der griechischen und römischen Antike über die Wettreiter des Mittelalters bis zu den Stierkämpfern der Frühneuzeit und der Globalisierung des Sports heute.

In insgesamt sechs Kapiteln wird dargestellt und auch illustriert, wie sich der

Sport zu dem entwickelt hat, was er heute für uns bedeutet. Dabei erfährt der Leser, dass z.B. die frühe Neuzeit, damit meint Behringer die Periode zwischen der Erfindung des Buchdrucks und den ersten Eisenbahnen, „eine Scharnierfunktion einnimmt zwischen der olympischen Antike und dem Aufschwung des modernen Sports seit dem 19. Jahrhundert“ (S.19). Im Kapitel „Die Erfindung des Sports“ geht der Autor ein auf wesentliche Aspekte wie die Institutionalisierung, Professionalisierung und Kommerzialisierung des Sports, Aspekte, die heutzutage nicht mehr wegzudenken sind. Behringer spricht da von der „Sportifizierung“, die weltweit gilt und auch immer mehr mit Macht einhergeht,

was wir im Alltagsgeschäft des professionellen Fußballs mit seinen horrenden Spieler- und Managergehältern erleben. Sport sollte doch vor allem Spaß bringen und die Massen zu Bewegung und Fitness führen, damit auch die Gesundheit der Menschen erhalten wird. Zuschauen allein reicht nicht! Der Autor sieht die gegenwärtigen Tendenzen durchaus kritisch. Das macht die Lektüre seiner Kulturgeschichte anregend und stimmt den Leser auch immer wieder nachdenklich. Übrigens: Bei der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de/publikationen) ist eine ungekürzte Lizenzausgabe zum Preis von 7 € erhältlich.

Helmut P. Hagge

Rechtstipps für Lehrkräfte

Die Jungen Philologen im DPhV haben in der Broschüre **„Mobbing Drogen Gewalt“** in übersichtlicher Frage-Antwort-Form mit anschließender Begründung die wichtigsten Fragen und Probleme aufgelistet, denen Lehrkräfte im Schulalltag begegnen.

Dabei steht nicht nur der Schutz der Schüler/innen allein im Focus der Betrachtung, sondern auch der Schutz der Lehrkräfte.

Zwei Beispiele:

Dürfen Schüler mit dem Handy heimliche Photos oder Videos vom Lehrer bzw. vom Unterrichtsgeschehen machen?

Antwort: Nein. – Es folgt die ausführliche Begründung. Sie ist praxisnah und auf die Situation im Schulalltag ausgerichtet.

Müssen Lehrer bei einem handgreiflichen Streit körperlich einschreiten?

Antwort: Ja.

In der Begründung wird erläutert, warum das so ist und der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit dargestellt.

Die Jungen Philologen haben mit der Herausgabe dieser Broschüre eine verdienstvolle Arbeit geleistet, insbesondere der Kollege Stefan Avenarius vom PhV- NRW. Zudem wird auf weiterfüh-

rende Literatur verwiesen.

Die Broschüre kann deshalb den Kolleginnen und Kollegen aller Schulformen empfohlen werden, insbesondere, wenn sie mit ihrer Berufslaufbahn beginnen oder vor kurzem begonnen haben.

Herausgeber:

Junge Philologen im DPhV
Friedrichstraße 169/170,
10117 Berlin
info@junge-philologen.de
www.junge-philologen.de

Dieter Semprich

Personalia

Wir gedenken unserer verstorbenen Mitglieder:

Ursula Ahlert, Hans- Harro Klamann, Hildegard Meyer, Hans Schümann, Dietrich Thetard, Klaus Grundt.



Wir gratulieren Runde Geburtstage und Jubiläen

85. Geburtstag:

Dr. Helmut Hoffmann, Hedwig Knothe, Gerd Corell, Johanna Wilde, Ingeborg Stadel, Sigrid von Bergen.

80. Geburtstag:

Hildegard Hasseldiek, Marion Schmitt, Hans- Joachim Abermeth, Ingeborg Knipper, Hans- Walter Zoppke, Hans Walter Sönnichsen, Thomas Beckmann.

75. Geburtstag:

Klaus Hillert, Rose-Marie Böttger- Runde, Karl Dümmler, Jürgen Werner, Ehlert Brockmann, Hilke Wendt, Albert Otto, Wolfgang Klatt, Dr. Hans- Peter Patten, Dietmar Helle, Sigurd- Friedrich Elling.

70. Geburtstag:

Karl Strohmann, Hartmut Leuschner, Suse Kretschmann, Rainer Husmann, Holger Dammann, Wolf- Rüdiger Ilse, Johann Moeller- Soenke, Volker Rühle.

65. Geburtstag:

Holger Brüning, Wolfgang Bartels, Heike Bergmann.

40 Jahre Mitgliedschaft:

Margret Petersen, Gunter Kleist, Erich Soijka, Reglinde Lattermann, Maria Commichau.

Albert Otto 75 Jahre alt

Nun ist er bereits ein Dreivierteljahrhundert alt: unser Freund und Kollege Albert Otto, Gymnasiallehrer für Englisch und Geschichte, dann Fachseminarleiter Geschichte und von 1975 bis zu seiner Pensionierung Hauptseminarleiter am Studienseminar – heute Landesinstitut. Was den Lesern von Blickpunkt Bildung sicher am meisten im Gedächtnis bleibt, sind die vielen kritischen und amüsanten Glossen aus seiner Feder. Aus diesem Grunde möchten wir Albert Otto mit einem seiner schönsten Texte selbst zu Worte kommen lassen. Der **DLH** gratuliert herzlich zum Geburtstag und wünscht, dass er noch lange gesund und munter bleibt und uns weiterhin ein wertvoller und humorvoller Gesprächspartner ist.

Helmut P. Hagge

Würdigung zum 80. Geburtstag von Frau Knipper

Wer Ingeborg Knipper in diesen Tagen sieht oder hört und ihr zu ihrem 80. Geburtstag gratuliert, der mag den Anlass eigentlich nicht glauben. Ihre Freundlichkeit, Frische, Genauigkeit und ihr Lang- und Kurzzeitgedächtnis imponieren unverändert wie in den letzten 30 Jahren.

Da das Ereignis nun aber unstrittig ist, denn Frau Knipper wurde am 31. 8. 1932 in Leverkusen geboren, hier aus der Sicht des **DLH** einige Erinnerungen an ihr Wirken.

Sie trat, damals bereits Hauptseminarleiterin in der Abteilung I (G-H-R und Sonderschulen) des Hamburger Studi-

enseminars, in den Hamburger Philologenverband ein. In der traditionellen Sicht damaliger Philologenverbände andere Bundesländer war das eigentlich sätungs- weil laubahnrechtlich unmöglich, unter dem damaligen Hamburger Vorsitzenden Uwe Schmidt (er hätte im Dezember 2012 seinen 80. Geburtstag begangen...) war es ein Schritt hin zu eine Lehrerorganisation für Lehrer aller Schularten im DBB im Gegensatz zum schul- und gewerkschaftspolitischen Alleinvertretungsanspruch der GEW. Frau Knipper hat im damaligen DL intensiv beim Weiterdenken geholfen. Ihr Leitsatz war: „Ich will Schülern helfen, nicht Institutionen“ – ein großes Wort angesichts der damaligen tosenden Gesamtschulkampagnen. Neben ihrer Arbeit in der CDU (von 1982 – 1997 in der Bürgerschaft meist als schulpolitische Sprecherin und fundierte Kritikerin der sozialdemokratisch geführten Schulbehörde - wer hat je



die Zahl ihrer „Kleinen Anfragen“ erhoben?) haben sie und Uwe Schmidt, ein jeder in seiner Partei, die Sacharbeit vorangetrieben. 1982 hat sie innerhalb des DL das Modell einer differenzierten „Sekundarschule“ entwickelt, dessen Realisierung zu zwei Säulen, wie heute angestrebt, geführt hätte. Der DL war dafür, die damalige CDU dagegen, und die SPD ohnehin...

Nach ihrer Pensionierung 1997 ereilte sie vor 10 Jahren ein unerwartetes Schicksal: Gegen alle Erwartungen hatte 2001 nach 44 Jahren eine von der CDU geführte Dreierkoalition den Senat gebildet, und ihr wurde als Nachfolgerin von Peter Daschner die Leitung des Amtes für Schule, d.h. die Funktion des Landesschulrats, angetragen, in der sie 14 Monate in stürmischer Zeit mit einer großen Zahl von Reformvorhaben verbrachte. In der Frage, ob manche Kinder mit Behinderungen auch in allgemeinbildenden Schulen gefördert werden könnten („Grundschulen als Förderzentren“), mochten die Koalitionsfraktionen ihr nicht folgen. Doch auch nach 2003 ließ Schule die Ruheständlerin nicht los. Wenn ihr Rat im DL weiter gehört wurde, so weniger in ihrer Partei, und in der Frage der Primarschule wählte sie zuletzt, wie manche andere, den Weg des offenen, notwendigen und erfolgreichen Widerstandes. Sie berät heute noch das katholische Schulwesen in Hamburg. Aber: Weiterhin sind Kinder ihre Hauptsache, ihren Großneffen ist sie eine ideale Großmutter.

Für mich war sie lange die richtige Person in der falschen Zeit: Sie wäre eine gute Schulsenatorin geworden.

Reinhard Behrens

IMPRESSUM Blickpunkt Bildung

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Montag/Dienstag/Donnerstag 9.00 Uhr-17.00,
Mittwoch: 9.00 Uhr- 20.30,
Freitag geschlossen.

Herausgeber:

Deutscher Lehrerverband e.V. Hamburg –
Gewerkschaft Schule und Bildung im DBB

Geschäftsstelle des DLH:

Papenstraße 18, 22089 Hamburg,
Tel. 040/25 52 72,
Fax 040/250 59 49
E-Mail info@dl-hamburg.de,
www.dl-hamburg.de

Bankverbindung des DLH:

Hamburger Sparkasse
(BLZ 200 505 50)
Kto.-Nr. 1226/122 644

Redaktion:

Ralph Ehrhardt, Dieter Semprich

Bildnachweis:

www.tandem-verlag.de, D. Semprich

Autoren dieser Ausgabe:

Dr. Reinhard Behrens,
Karin Brose,
Ralph Ehrhardt,
Helmut P. Hagge,
Werner Krauss,
Matthias Oehlich,
Helge Pepperling,
Wolfgang Plothe-Mitzlaff,
Max Schindlbeck,
Dieter Semprich

Redaktionsschluss:

für BB 4/12:
25.11.2012

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Artikel zu kürzen.

Verlag, Anzeigen und Herstellung:

Soeth-Verlag Ltd.
Markt 5, 21509 Glinde,
Tel. 040/18 98 25 65,
Fax 040/18 98 25 66
E-Mail: info@soeth-verlag.de,
www.soeth-verlag.de

„Blickpunkt Bildung“ erscheint viermal jährlich.

„Blickpunkt Bildung“ wird ohne gesonderte Berechnung an die Mitglieder des **DLH** verteilt; das Bezugsgeld ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Die im „Blickpunkt Bildung“ veröffentlichten Artikel geben die persönliche Auffassung des jeweiligen Autors wieder. Verbands offizielle Stellungnahmen des **DLH** werden ausdrücklich als solche gekennzeichnet.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bücher (Rezensionsexemplare) wird keine Gewähr übernommen.

DL-Humor

Grenzverletzung Oder: Es lebe der kleine Unterschied!

Man kann über alles **reden**, wenn man sich nichts **sagen** lassen muss.

Wer nicht **beschlagen** ist, muss nicht **bekloppt** sein.

Wer zum **Schweigen** gebracht wird, muss nicht **verstummen**.

Wer alles **erfassen** will, wird nichts **begreifen**.

Lässig ist nicht **gelassen**.

Lebenslänglich ist nicht **lebenslang**.

Unleidenschaftlich ist nicht **leidenschaftslos**.

Nicht jeder **Reflex** ist ein **Lebenszeichen**.

Nicht alles **Vergangene** ist von **gestern**.

Nicht jeder **Mist** ist **Dünger**.

Der **Kluge** hat einen **Kopf**.

Der **Schlaue** hat **Köpfchen**.

Der **Dumme** hat einen Schädel.

Muss das **Unnütze nutzlos** sein?

Muss vieles **übersehen**, wer die **Übersicht** behalten will?

Muss der **Klügere** solange nachgeben, bis er der **Dumme** ist?

Muße ist nicht **Müßiggang**.

Allgemeinbildung ist nicht **Gedächtniskunst**.

Entspannung ist nicht **Geistes-Entmanung**.

Auch **Konventionsüberschreitung** kann zur **Konvention** werden.

Auch das lange **Bedachte** kann **bedenklich** sein.

Auch das **Selbstverständliche versteht sich** oft nicht **von selbst**.

Das Allgemeine ist nicht das **Ungefähre**.

Das **Maß der Mitte** ist nicht das **Mittelmaß**.

Das Leben **lehrt** vieles, aber es **unterrichtet** nicht.

Man muss immer wieder mit Leuten **rechnen**, auf die man nicht **zählen** kann.

Albert Otto (aus BB 5/2006)

Sicher ist, dass
nichts sicher ist.
Selbst das nicht.

Ringelnetz

Was noch zu sagen wäre...

Fotokopieren und Serverspeicherung in der Schule

Die Kultusministerkonferenz hat eine Handreichung zu diesem Thema herausgegeben.

Wir erinnern uns: Wegen der Absicht, über Schultrojaner das Kopierverhalten an den Schulen auszuspähen, hatte es viel Unruhe und Kritik gegeben.

Der Vorsitzende des VBE-Bund, Udo Beckmann, hatte sich sehr kritisch dazu geäußert und gefordert, die Schulen ausreichend mit Material für einen aktuell fundierten Unterricht auszustatten, anstatt aus dem Mangel geborene Notmaßnahmen zu kriminalisieren.

Nun also die Handreichung, die vermitteln will, „was geht und was nicht geht“.

Hier die Faustregeln:

- Es dürfen 12% eines jeden Werkes, maximal jedoch 20 Seiten, auf dem Kopierer vervielfältigt werden.
- Das Einscannen oder sonstige digitale Vervielfältigungen von Unterrichtswerken (oder Teilen davon) ist nicht gestattet.
- Das Abspeichern von Unterrichtswerken ist nicht gestattet. Für alle anderen Werke gilt: bis zu 12%, maximal jedoch 5 Minuten Länge.

Detailliertere Informationen finden Sie unter www.schulbuchkopie.de.

Die Broschüre ist beim Verband Bildungsmedien erschienen: verband@bildungsmedien.de, www.bildungsmedien.de

Insbesondere dem digitalen Kopieren und Abspeichern sind also relativ enge Grenzen gesetzt. Sie sollten sich am besten im Vorwege einmal ausführlich informieren, damit Sie sich keine Schwierigkeiten bereiten.

Dieter Semprich



VERLAG SATZ DRUCK KALENDER

Von der Vereins- bis zur Firmenzeitschrift

Ob Flyer oder Geschäftsausstattung

Bürokalender vom Streifenkalender
bis zum 5-Monats-Kalender

Markt 5 • 21509 Glinde

Tel. 040-18 98 25 65

Fax: 040-18 98 25 66

E-Mail: info@soeth-verlag.de

www.soeth-verlag.de



Hamburger Lehrer-Feuerkasse

seit 1897

**Die preisgünstige Hausratversicherung
im Großraum Hamburg und Lübeck**

für Angehörige aller pädagogischen Berufe. Wir versichern Ihren Hausrat für 1,20 Promille der Versicherungssumme, inkl. Versicherungssteuer, und das unverändert seit 1996.

Beitragsfrei eingeschlossen sind u. a.:

Diebstahl von Fahrrädern und Kinderwagen, Kfz.-Aufbruch, Überspannungsschäden, jeweils bis zu festgelegten Höchstgrenzen, Höherversicherung gegen Zuschlag möglich.



Informationen und Unterlagen bitte anfordern unter:

E-Mail: info@hamburger-lehrer-feuerkasse.de

Tel.: 040 82 90 81 / Fax: 040 41267629 (Klaus Loch)

Tel.: 040 679 571 93 / Fax: 040 679 571 94 (Sibylle Brockmann)

www.h-l-f.de